

Liebe Kolleg*innen,

am Dienstag, 28.9.2021 fand in unserer Region zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie wieder eine Personalversammlung statt, aus Hygienegründen in **zwei Teilpersonalversammlungen** geteilt. Zusammengekommen erschien eine **große Zahl von Kolleg*innen**: Wir danken für Ihre Teilnahme! Der Personalrat hatte drei Anträge vorbereitet. Bei der Auszählung der Abstimmungen wurden die Ergebnisse beider Teilpersonalversammlungen addiert. Zudem fasste die zweite Versammlung einen Zusatzbeschluss. Wir legen Ihnen hier die **Beschlüsse** vor, die **nach eingehender Diskussion und Beratung mit überwältigender Mehrheit** angenommen wurden.

Wir diskutierten den **Stand der Auseinandersetzung** um die neue **Rahmendienstvereinbarung zur Digitalisierung der Berliner Schulen**, die der Vorstand des Hauptpersonalrats mit der Behörde aktuell verhandelt. Zwar fallen die Verhandlungen in die rechtliche Kompetenz des HPR. Doch liegt die bildungspolitische Kompetenz bei den Vertreter*innen der schulischen Berufe in den Personalräten der Allgemeinbildenden Schulen und im Hauptpersonalrat. Im Gegensatz zum verhandlungsführenden HPR-Vorstand kennen sie die Berufspraxis. Dennoch marginalisiert der HPR-Vorstand die schulischen Personalräte und die Vertreter unserer Berufsgruppen im Verhandlungsprozess. Vor diesem Hintergrund fasste die Personalversammlung folgenden Beschluss, um die Erfordernisse der Praxis und die Bedürfnisse unserer Kolleg*innen zu verdeutlichen:

Wir fordern, dass die im Entwurf der RDV an öffentlichen Berliner Schulen vorgesehene **ausschließliche und verbindliche Nutzung der zur Verfügung gestellten mobilen Endgeräte für den edukativen Bereich gestrichen** wird. Praktikabel wäre allenfalls die Nutzung für administrative Aufgaben.

Wir fordern die **Schaffung eines Pools zur Auswahl tauglicher digitaler Endgeräte**.

Wir fordern, dass alle Kolleg*innen **private Endgeräte** für den Unterricht, für seine Vor- und Nachbereitung, für außerunterrichtliche Förderung und Betreuung sowie für Schulmanagement **freiwillig weiter nutzen** dürfen.

Wir fordern, dass der Senat allen Kolleg*innen bis dahin die **Einreichung einer Rechnung bis zu einem bestimmten Festbetrag für privat beschaffte digitale Endgeräte** gewährt.

Wir fordern, dass **Schulen** ihre in der Coronazeit **eigeninitiativ aufgebauten Digitalstrukturen weiter nutzen dürfen**, sofern sie **von den örtlichen Personalräten nachträglich mitbestimmt** werden.

Wir fordern eine **wirksame Beteiligung der örtlichen Personalräte und der Vertreter*innen unserer Berufsgruppen im HPR an den Entscheidungsprozessen zur RDV**. Verhandlungen, in denen spezifisch schulische Erfordernisse ignoriert und Vertreter*innen der beruflichen Praxis von der Mitgestaltung ausgeschlossen werden, werden kein akzeptables Ergebnis bringen.

Wir fordern die **Senatsbildungsverwaltung** auf, **sich für die Interessen der Schulen und ihrer Beschäftigten einzusetzen**. Wir zählen auf ihren besonderen Einsatz.

Den zweiten Schwerpunkt bildeten die **Arbeitsbedingungen** der Kolleg*innen **aller Berufsgruppen**. Wie es um sie steht, bedarf hier keiner Erläuterung. Die Personalversammlung beschloss folgende Forderungen:

1. Die Beschäftigten der Region 07 fordern für **alle Kolleg*innen eine Arbeitsentlastung**.
2. Für die **Zusatzaufgaben** im Rahmen von „*Stark durch Corona*“ fordern wir einen **Freizeitausgleich**.
3. Für die **Sekretär*innen und Verwaltungsleitungen** fordern wir eine nachträgliche Anerkennung ihrer Arbeitsbelastung durch die Auszahlung einer **Coronaprämie**.
4. Für unsere zukünftige Arbeit fordern wir **kleinere Klassen und Freizeitbereichsgruppen**.
5. Die dafür notwendigen **Fachkräfte** müssen vom Senat **dauerhaft eingestellt** werden.
6. Eine **Arbeitsentlastung** für **Erzieher*innen und Sozialpädagoge*innen** aller Schultypen.

Drittens forderte die Personalversammlung für das „**weitere pädagogischen Personal**“:

1. eine vermehrte Anstrengung des zukünftigen Senats zur **Sicherung einer ausreichenden Zahl von Studien- und Ausbildungsplätzen** an Universitäten, Fachhochschulen und weiteren Ausbildungseinrichtungen für angehende Pädagog*innen an Schulen,
2. die **Einstellung von pädagogischem Personal** in ausreichender Anzahl, also **dem tatsächlichen Bedarf entsprechend**, nicht zuletzt das notwendige **Fachpersonal** (Facherzieher*innen und Sonderpädagog*innen) zur gelingenden Umsetzung der erforderlichen Inklusionsaufgaben,
3. weiterhin die schnellstmögliche Anpassung der individuell im Dienstplan der Erzieher*innen verankerten **wöchentlichen mpA-Zeiten von vier auf neun Wochenstunden**,
4. die **Überarbeitung der Verwaltungsvorschriften für die Zumessungsrichtlinien** des gesamten weiteren pädagogischen Personals an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen unter der Berücksichtigung der aktuellen Personalsituation an Schulen,
5. die **Anrechnung der zusätzlichen Personalstunden für Erzieher*innen**, die berufsbegleitende Kolleg*innen während der Ausbildung in Grundschulen begleiten und an ihren Ausbildungsschultagen komplett vertreten
6. die Einführung von **Altersermäßigungsstunden** auch für die pädagogischen Unterrichtshilfen, Betreuer*innen, Erzieher*innen und sozialpädagogischen Fachkräften.

Die **Teilpersonalversammlung der Grund- und Förderschulen** fasste folgende **Zusatzbeschlüsse**:

1. Wir fordern, dass die ausgeteilten digitalen Endgeräte für das **pädagogische Personal** optional mit einer SIM-Karte ausgestattet werden. Hiermit soll eine dienstliche telefonische Erreichbarkeit hergestellt und gewährleistet werden.
2. Wir fordern, dass alle Schulen mit mind. einem Drucker/Kopierer pro Etage ausgestattet werden.
3. Statt der Verdichtung bestehender Schulen durch die Einrichtung weiterer Klassen fordern wir, dass schneller mehr Schulen gebaut werden.

Es traten **Vertreter der GEW** und des **VBE** auf. Beschlossen wurde der **Antrag des VBE**:

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert, alle Lehrkräfte, die dieses wünschen, zu verbeamen.

Die Personalversammlung beschloss den Antrag der **GEW für eine solidarische Verbeamtung**:

1. Falls Berlin die Verbeamtung für Lehrkräfte wieder einführt, fordern wir die **Verbeamtung aller tarifbeschäftigten Lehrkräfte**.
2. Falls Berlin nicht alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte verbeamtet, fordern wir für alle nicht verbeamteten Lehrkräfte eine **finanzielle Kompensation**, z.B. durch eine **Zulagenregelung**.
3. Zudem fordern wir eine **Ausweitung der Ausbildungskapazitäten** an den Schulen und Universitäten, um dem Lehrkräftemangel nachhaltig zu begegnen.

Abschließend stellten Vertreter*innen der Initiative „*Schule muss anders*“ ihre Kampagne vor.

Zu guter Letzt noch ein Wort zur Arbeit des Personalrats: Im Vorfeld der Versammlung bat der Personalrat alle Beschäftigten der Region, sich anhand zweier Fragen zu ihrer Arbeitssituation zu äußern. Dieser Aufforderung sind noch nie so viele Kolleg*innen gefolgt. Ihre Initiative ist wichtig, denn auf Basis dieser Beschreibungen und Analysen entwickelte der Personalrat die Anträge, die während der Versammlungen von den Anwesenden punktuell ergänzt wurden. Bitte nutzen Sie die Möglichkeit, mit dem Personalrat in Kontakt zu treten – je besser wir informiert sind, umso besser können wir uns für alle Kolleg*innen einsetzen.

Mit kollegialen Grüßen – und bleiben Sie gesund!

Ihr Personalrat